

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2015

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	2
EU-Kommission: Kommission zieht Vorschlag für Mutterschutz-Richtlinie zurück	2
EU-Kommission: Konsultation zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU beendet	2
EU-Parlament: Beschäftigungsleitlinien ergänzt.....	2
EGMR: Italien muss Eingetragene Lebenspartnerschaft einführen	2
Neue EU-Ratspräsidentschaft: Luxemburg stellt Schwerpunkte vor	3
Informelle Tagung des EPSCO-Rates.....	3
EU-Kommission: Konsultation zur Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste	3
EU-Kommission schränkt zum Schutz von Kleinkindern Nutzung von Konservierungsstoffen ein.....	3
EuGH: Entscheidung zu Grenzwerten in Spielzeug	4
EuGH zu Integrationsprüfungen vor Familienzusammenführung	4
Blickpunkt Griechenland	4
Erhöhung der Mehrwertsteuer.....	4
SOS-Kinderdörfer warnt vor weiterer "Welle der Armut"	5
Eurochild drängt Ratspräsidentschaft zum Handeln bei der Armutsreduktion.....	5
Familien leiden psychisch und materiell unter der Krise	5
EUROSTAT: Daten zu Staatsausgaben veröffentlicht	5
Nachrichten aus den europäischen Staaten	6
Spanien: Urteil zu Verweigerung der Abgabe von „Pille danach“	6
Lettland: Namen von säumigen Unterhaltszahlern veröffentlicht	6
Österreich: Stärkung der Frauenrechte in Österreich	6
Weitere Nachrichten	6
Gemeinsamer Appell von ca. 40 Verbänden für europaweiten Diskriminierungsschutz.....	6
Berichte und Studien	7
Eurostat: Aktualisierter Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gender Equality (EIGE).....	7
OECD Employment Outlook 2015 liegt vor	7
UNICEF: Bericht "Kinder zwischen den Fronten".....	8
Kurzexpertise zu „Vermarktlichung sozialer Dienste in Schweden“	8
FRA: Jahresbericht der Europäischen Grundrechteagentur 2014	8
FEMM: Zwei neue Studien zur Geschlechtergerechtigkeit veröffentlicht	8
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Kommission zieht Vorschlag für Mutterschutz-Richtlinie zurück

Wie sich bereits in den vergangenen Monaten ankündigte ([AGF Europa-News Mai 2015](#)), hat die Kommission am 1. Juli 2015 den bestehenden Vorschlag zur Mutterschaftsrichtlinie zurückgezogen. Der Vorschlag zu einer neuen Mutterschutzrichtlinie befand sich seit 2008 ohne Ergebnis im Gesetzgebungsverfahren. Die geplante Erneuerung sah eine Verlängerung des Mutterschutzes von 14 auf 20 Wochen sowie einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub vor (siehe auch [AGF Europa-News April 2015](#)). Die geplante neue Initiative soll Teil des Arbeitsprogramms der Kommission für 2016 sein und die Veränderungen in der Gesellschaft im letzten Jahrzehnt berücksichtigen.

EU-Kommission: Konsultation zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU beendet

Die Europäische Kommission beendete am 21. Juli 2015 die öffentliche Konsultation zum Thema „Gleichstellung von Frauen und Männern in der EU“ ([AGF Europa-News Mai 2015](#)). Hintergrund der Konsultation war die Strategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2010 - 2015, die in diesem Jahr ausläuft. Die Ergebnisse der Umfrage sollen nun in die Erarbeitung einer neuen Gleichstellungsstrategie 2015 – 2020 einfließen.

- [Strategie zur Gleichstellung von Frauen und Männern](#) 

EU-Parlament: Beschäftigungsleitlinien ergänzt

Das Europaparlament verabschiedete am 08. Juli 2015 eine legislative EntschlieÙung zu den europäischen Beschäftigungsleitlinien, die die Kommission Anfang März vorgeschlagen hatte. Ergänzend zu dem Kommissionsvorschlag fordert die EntschlieÙung u.a., mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen zusätzlich die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze zu unterstützen. Ganz neu nimmt die EntschlieÙung dabei u. a. den Zugang zu erschwinglichen, hochwertigen Angeboten der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in die Leitlinien auf. Zudem plädieren die Abgeordneten für eine reibungslosere Gestaltung des Übergangs von Bildung und Ausbildung ins Berufsleben sowie die Umsetzung von Strategien für aktives Altern.


- [EntschlieÙung des Europaparlaments](#)

EGMR: Italien muss Eingetragene Lebenspartnerschaft einführen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat am 21. Juli 2015 entschieden, dass Italien für gleichgeschlechtliche Paare ein Rechtsinstitut entsprechend einer Eingetragenen Lebenspartnerschaft einführen muss. Das Land verstoÙe derzeit gegen Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK), nachdem alle Menschen ein Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens haben. Drei italienische Paare hatten Klage vor dem Gerichtshof eingereicht. Der EGMR stellt damit klar, dass Mitgliedstaaten ohne einen rechtlichen Rahmen für die Absicherung gleichgeschlechtlicher Paare die EMRK-Rechte verletzt. Die Staaten sind daher verpflichtet, ein Rechtsinstitut entsprechend der Eingetragenen Lebenspartnerschaft einzuführen, wenn sie nicht die Ehe für alle öffnen möchten.

Neue EU-Ratspräsidentschaft: Luxemburg stellt Schwerpunkte vor

Am 1. Juli hat Luxemburg die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Das Arbeitsprogramm für die zweite Jahreshälfte 2015 ist in sieben Schwerpunkte gegliedert und umfasst folgende Zielsetzungen: Investitionen für mehr Wachstum und Beschäftigung freisetzen, die soziale Dimension Europas vertiefen, die Migration bewältigen, Freiheiten, Recht und Sicherheit miteinander verbinden sowie die Dynamik des Binnenmarkts durch Digitalisierung wiederbeleben. Zudem soll das Prinzip der Nachhaltigkeit gefördert und die Präsenz der Europäischen Union in der Welt gestärkt werden. Familienpolitisch relevante Themen finden sich vor allem im Bildungsbereich und in der Sozialpolitik. Hier sollen unter anderem die (sprachliche) Vielfalt von Schülern stärker berücksichtigt und gute frühkindliche Betreuungsangebote ausgebaut werden. Ein besonderes Augenmerk soll auch auf der Steigerung der weiblichen Beschäftigungsquote und auf der ausgewogenen Vertretung von Frauen und Männern in politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen liegen.

- [Das Arbeitsprogramm und seine Scherpunkte](#)
- [Die Schwerpunkte in den einzelnen Arbeitsbereichen](#) 

Informelle Tagung des EPSCO-Rates

Die für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit zuständigen Minister der Europäischen Union tauschten sich während einer informellen Sitzung am 16./17. Juli 2015 über Gleichstellungs- und Beschäftigungspolitik aus. Dabei berieten sie am ersten Tag über Jugendbeschäftigung und über die Schaffung von Arbeitsplätzen über die Jugendgarantie hinaus und thematisierten am zweiten Tag der Sitzung Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt als Herausforderung für Frauen und Männer.

- [Pressemitteilung auf der Website der Ratspräsidentschaft](#)

EU-Kommission: Konsultation zur Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste

Die Europäische Kommission hat am 06. Juli die öffentliche Konsultation zur Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste (AVMD-Richtlinie) gestartet. Ziel ist es, Anknüpfungspunkte für die Überarbeitung der Richtlinie im Jahr 2016 zu erhalten, um die Gesetzgebung zu modernisieren und dem digitalen Zeitalter anzupassen. Im Konsultationsprozess soll u.a. folgenden Fragen Rechnung getragen werden: Wie können die derzeitigen EU-Vorschriften für das Fernsehen und audiovisuelle Mediendienste auf Abruf verbessert werden? Wie können Kinder und andere Zuschauer geschützt werden? Wie kann das kreative Schaffen in Europa unterstützt werden? Wie können die kulturelle Vielfalt gefördert, der Zugang zu Informationen erleichtert und die Werbung im audiovisuellen Online-Umfeld reguliert werden? Die Konsultation richtet sich unter anderem an Zuschauer/innen und Interessenträger wie Marktteilnehmer, öffentliche Einrichtungen und Verbraucherverbände.

Die Konsultation läuft bis zum 30.09.2015.

- [Pressemitteilung der Kommission](#)
- [Weitere Informationen zum Konsultationsprozess](#)

EU-Kommission schränkt zum Schutz von Kleinkindern Nutzung von Konservierungsstoffen ein

Zum Schutz insbesondere von Kleinkindern schränkt die EU den Einsatz von Konservierungsstoffen in Kosmetikprodukten ein. Nachdem zwei Stoffe bereits seit Mitte April nicht mehr in neuen Produkten enthalten sein dürfen, gilt das Verbot ab 17. Juli für zwei weitere Stoffe: Methylchloroisothiazolinon und

Methylisothiazolinon (MCI/MI). Sie dürfen dann nicht mehr gemischt in Mitteln wie Hautcremes vorkommen, die sich nicht abspülen lassen. Bereits im April hatte die Kommission die beiden Stoffe Propylparaben und Butylparaben verboten. Sie dürfen nicht mehr in Kosmetika enthalten sein, die zum Eincremen im Windelbereich bei Kindern unter drei Jahren verwendet werden. Für andere Produkte wurde die erlaubte Höchstkonzentration der beiden Stoffe gesenkt.

EuGH: Entscheidung zu Grenzwerten in Spielzeug

Deutschland muss die europäischen Schadstoff-Grenzen ([siehe Europa News Juni 2011](#)) für Spielzeug anwenden. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am 9. Juli entschieden. Konkret geht es um die drei Schwermetalle Antimon, Arsen und Quecksilber, die teils als krebserregend gelten oder zu Störungen des Nervensystems führen können. Die Bundesregierung kündigte eine rasche Umsetzung des Richterspruchs an.

Berlin hatte argumentiert, dass die eigenen Grenzwerte für diese Stoffe strenger seien als die europäischen Werte und wollte daher die deutschen Regelungen beibehalten ([siehe Europa News Mai 2013](#)). Die Brüsseler EU-Kommission lehnte dies ab. Der Europäische Gerichtshof entschied nun, dass dieses Urteil des Gerichts rechtens war. Deutschland hat demnach nicht nachgewiesen, dass die eigenen Regelungen besseren Schutz böten. Das Urteil ist endgültig.

- [Das Urteil des EuGH](#)

EuGH zu Integrationsprüfungen vor Familienzusammenführung

Der EuGH hat ebenfalls am 9. Juli entschieden, dass der niederländische Sprachnachweis im Ehegattennachzug vereinbar mit der europäischen Vorgabe zur Familienzusammenführung ist. Es ging dabei um die Frage, inwiefern vor einer Familienzusammenführung eine erfolgreiche Integrationsprüfung verlangt werden kann, bei der Grundkenntnisse zu Sprache und Gesellschaft verlangt werden und für die Kosten anfallen. Mit der Entscheidung können Mitgliedstaaten weiterhin verlangen, dass Drittstaatsangehörige vor einer Familienzusammenführung eine Integrationsprüfung erfolgreich ablegen.

Im Ausgangsverfahren hatten sich in den Niederlanden zwei Drittstaatsangehörige gegen die Ablehnung ihrer Anträge auf vorläufige Aufenthaltserlaubnis gewehrt. Sie hatten geltend gemacht, dass sie die Integrationsprüfung, die in den Niederlanden das Recht auf Familienzusammenführung voraussetzt, aus gesundheitlichen bzw. psychischen Problemen nicht ablegen konnten. Der mit dem Rechtsstreit befasste Raad van State (Staatsrat) hegte Zweifel an der Zulässigkeit der niederländischen Regelung zur Integrationsprüfung. Ihm wurde jedoch kein Recht gegeben.

- [Das Urteil des EuGH](#) 

Blickpunkt Griechenland

Erhöhung der Mehrwertsteuer

In Griechenland stieg am 21. Juli für viele Produkte die Mehrwertsteuer. Der Schritt war Teil des Maßnahmenpakets, mit dem das Parlament den Weg für Verhandlungen über neue Finanzhilfen freigemacht hatte. Vor allem verpackte oder verarbeitete Lebensmittel fallen neuerdings unter den höchsten Satz von 23 Prozent, ebenso wie Getränke und Mahlzeiten in Cafés und Restaurants.

SOS-Kinderdörfer warnt vor weiterer "Welle der Armut"

Die SOS-Kinderdörfer warnt aufgrund der Mehrwertsteuer-Erhöhung vor einer weiteren "Welle der Armut". Die Vertreter von EZB, IWF und EU forderte die Hilfsorganisation auf, die griechische Wirtschaft zu stützen, damit mehr Menschen in Lohn und Brot kommen. Berechnungen der SOS-Kinderdörfer zufolge werden die Kosten für Lebensmittel um ein Viertel steigen, da die höheren Produktionskosten auf die Lebensmittel umgelegt würden. Das bedeute, so die SOS-Kinderdörfer, dass eine vierköpfige Familie im Durchschnitt rund 75 Euro pro Monat mehr für Lebensmittel ausgeben müsse. So würde erwartet, dass viele Menschen, die sich mit Gelegenheitsjobs gerade noch so über Wasser halten können, dies in Zukunft nicht mehr könnten. Die SOS-Kinderdörfer unterstützen derzeit in Griechenland 1.500 durch die Krise verarmte Familien.

Eurochild drängt Ratspräsidentschaft zum Handeln bei der Armutsreduktion

Mit dem Blick auf die neu begonnene Luxemburgische Ratspräsidentschaft fordert Eurochild ein entschlossenes Handeln gegen Kinderarmut. Eines von vier Kindern in Europa sei armutsgefährdet oder von Exklusion bedroht, in Griechenland seien es sogar bereits 40 Prozent. Wobei ein Zuwachs um 21 Prozentpunkte allein seit 2008 zu verzeichnen ist. Ebenso sei die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch auf 50 Prozent angestiegen. Auch das Kinderschutzsystem Griechenlands leide unter der Krise, da viele Sozialarbeiter/innen nicht mehr bezahlt werden können, kein neues Personal eingestellt werden kann. Auch Zahlungen an Pflegeeltern seien nicht mehr gesichert.

- [Eurochild Empfehlungen für die Luxemburgische Ratspräsidentschaft](#)  
- [Interview mit Mary Theodoropoulou, Europe's Children coordinator in Greece](#) 

Familien leiden psychisch und materiell unter der Krise

Die ökonomische Krise verursachte für griechische Familien deutliche Veränderungen im Lebensstil und Konsumverhalten. Die stetig steigende Arbeitslosenquote, die Gehaltskürzungen und der Anstieg direkter und indirekter Steuern und Abgaben ließen die Lebenskosten drastisch ansteigen, während die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel gleichzeitig deutlich zurückgingen. Das hatte und hat einen deutlichen Einfluss auf das Familienleben. So berichtet Antonia Torrens, Präsidentin der Griechischen Familien- und Kinderzentren (KMOP), von zunehmender Frustration und Spannungen innerhalb der Familien sowie sinkendem Selbstwertgefühl vieler griechischer Eltern. Diese könnten nun ihre Kinder nicht mehr gut genug versorgen könnten, litten selbst unter Arbeitslosigkeit und Armut und machten sich Sorgen um Gesundheit und Wohlergehen der Angehörigen. Bereits 2012 hätte ein Drittel der griechischen Kinder unter Armut zu leiden gehabt. Nun seien schätzungsweise 40 Prozent der Kinder so arm, dass sie die Grundbedürfnisse nach Nahrung, Wohnung, Wärme und andere notwendige Güter nicht mehr befriedigen könnten.

EUROSTAT: Daten zu Staatsausgaben veröffentlicht

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat Daten zu den Staatsausgaben der EU-Mitgliedstaaten im Jahr 2014 veröffentlicht. Eurostat beziffert die gesamten Staatsausgaben der Mitgliedstaaten für 2014 auf 48,1 % des BIP (2013: 48,6 %); in der Eurozone war es mit 49,0 % geringfügig mehr. Zudem wurde eine detaillierte Aufschlüsselung der Ausgaben der Mitgliedstaaten nach Hauptaufgabenbereichen für das Jahr 2013 vorgelegt. In allen Mitgliedstaaten war 2013 der größte Haushaltsposten die Ausgaben für Soziale Sicherheit (40,2 %), gefolgt von den Gesundheitsausgaben (14,8 %). In Griechenland lag dieser Anteil deutlich unter dem EU-Durchschnitt und betrug lediglich 8,6 Prozent für Gesundheit und 32,4 % für Soziale Sicherheit. Auf das Bildungswesen entfielen im EU-

Durchschnitt 10,3 % des BIP (insgesamt Platz vier von zehn Ausgabenbereichen). Spitzenreiter bei den Bildungsausgaben/BIP sind Zypern (15,7 %), Lettland (15,7 %), und Litauen (15,7 %); Griechenland gab mit 7,6 % des BIP 2013 am wenigsten Geld für Bildung in der EU aus. Deutschland investierte 9,7 % des BIP in Bildung.

➤ [Pressemitteilung von Eurostat](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Spanien: Urteil zu Verweigerung der Abgabe von „Pille danach“

Ein Apotheker hat das Recht, den Verkauf einer Pille danach aus Gewissensgründen zu verweigern. Das entschied das spanische Verfassungsgericht am 6. Juli und gab damit einem Apotheker aus Sevilla Recht. Dieser war 2008 verurteilt worden, weil das spanische Gesetz keine Gewissensverweigerung vorsieht. Er hatte sich geweigert, die „Pille danach“ abzugeben, weil diese nicht nur verhütende, sondern auch abtreibende Wirkung hat. Sieben Jahre später wurde der Apotheker nun freigesprochen: „Er hat ein Recht auf Verweigerung aus Gewissensgründen“.

Lettland: Namen von säumigen Unterhaltszahlern veröffentlicht

Der lettische Staat veröffentlicht seit Anfang Juli im Internet Namen von Personen, die keinen Unterhalt für ihre Kinder zahlen. Mit dieser Maßnahme sollen säumige Zahler unter Druck gesetzt werden, ihren Unterhaltsverpflichtungen für die Kinder nachzukommen.

Österreich: Stärkung der Frauenrechte in Österreich

Die österreichische Regierung hat beschlossen, Cybermobbing als Straftatbestand festzuschreiben. Mit dieser und weiteren Maßnahmen sollen vor allem Frauen vor Übergriffen und Gewalt besser geschützt werden. Zukünftig können Personen, die die Intimsphäre anderer im Internet verletzen, mit einer Haftstrafe von einem Jahr bestraft werden. Das Strafmaß kann sich auf bis zu drei Jahre erhöhen, wenn das Opfer mit Suizid oder einem Suizidversuch auf das Mobbing reagiert. Das Gesetz soll Anfang 2016 in Kraft treten. Die Regierung plant zudem weitere Gesetzesänderungen mit Blick auf die Umsetzung der Europaratskonvention zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen (Istanbul Konvention). Gehörte etwa Zwangsheirat bisher in den Bereich der „schweren Nötigung“, so soll sie dann zu einem eigenen Straftatbestand werden. Als neuer Straftatbestand gilt dann auch die „Verletzung der sexuellen Selbstbestimmung“. Damit können auch Täter/innen bestraft werden, deren Opfer sich nicht körperlich gegen sexuelle Übergriffe oder Vergewaltigung wehren konnten oder sich aus Angst nicht wehrten. Deutschland hat die Istanbul Konvention noch nicht ratifiziert.

Weitere Nachrichten

Gemeinsamer Appell von ca. 40 Verbänden für europaweiten Diskriminierungsschutz

Mehr als 40 europäische und deutsche Nichtregierungsorganisationen appellieren in einer gemeinsamen Erklärung an die Bundesregierung, die Verabschiedung einer neuen Gleichbehandlungsrichtlinie der Europäischen Union im Europäischen Rat nicht länger zu blockieren.

Die geplante Richtlinie wurde von der EU-Kommission und dem EU-Parlament bereits verabschiedet und soll in ganz Europa einen Schutz vor Diskriminierung wegen des Alters, der sexuellen Orientierung, der Religion und Weltanschauung oder einer Behinderung beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen sicherstellen. Sie enthält u.a. konkrete Bestimmungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die Deutschland bereits ratifiziert hat. Die Richtlinie wird von der Bundesregierung grundsätzlich abgelehnt. Der Appell weist darauf hin, dass „angesichts der Rechtslage in Deutschland die Blockadehaltung rational nicht nachvollziehbar“ sei. Alle anderen 27 EU-Mitgliedstaaten – darunter einige, für die die Richtlinie zu deutlichen rechtlichen Veränderungen führen würde – wären zu inhaltlichen Verhandlungen bereit. Im Europäischen Rat gilt das Einstimmigkeitsprinzip..

- [Gemeinsamer Appell](#)

Berichte und Studien



OECD: Integrating Social Services for Vulnerable Groups. Bridging Sectors for Better Service Delivery

In allen OECD Staaten gibt es benachteiligte Gruppen, die multipler Dienste und Hilfen bedürften. Obwohl die Bedürfnisse von benachteiligten Familien, Kindern und Jugendlichen mit psychischen Problemen, Wohnungslose und Ältere unterschiedlich sind, ähneln sich oft die Herausforderungen, denen sich Regierungen und Öffentliche Haushalte gegenüber sehen, um diese Bedarfe zu decken. Dieses Buch beschreibt Wege, wie Regierungen ihre Hilfeangebote strukturieren, um integrierte Hilfen für Benachteiligte anzubieten.

- [Die Studie kann online gelesen werden](#) 

Eurostat: Aktualisierter Gleichstellungsindex des Europäischen Instituts für Gender Equality (EIGE)

Das Europäische Institut für Gender Equality (EIGE) hat auf einer Konferenz am 25. Juni 2015 seinen aktualisierten Gender Equality Index 2015 vorgestellt, der Gleichstellung in der Europäischen Union von 2005 bis 2012 misst. Zusätzlich zu den aktualisierten Daten, hat EIGE nun auch Daten aus den Jahren 2005, 2010 und 2012 zugänglich gemacht und somit bessere Vergleichsmöglichkeiten geschaffen.

- [Zu den Daten](#) 
- [Daten für Deutschland](#)

OECD Employment Outlook 2015 liegt vor

Der neue OECD „Employment Outlook“ beschreibt aktuelle Arbeitsmarkt- und Beschäftigungstrends und konstatiert beispielsweise mit Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit: „Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in vielen Ländern weiterhin deutlich über ihrem Vorkrisenniveau, was auch für den Anteil der Jugendlichen gilt, die weder in Beschäftigung noch in Bildung sind (sog. NEET-Gruppe). Das schwache Reallohnwachstum gibt ebenfalls Anlass zu Besorgnis, vor allem im Euroraum.“

- [Der OECD-Bericht kann online gelesen werden](#) 

UNICEF: Bericht "Kinder zwischen den Fronten"

Die steigende Zahl sogenannter "asymmetrischer Kriege" führt dazu, dass immer mehr Kinder in Kriegs- und Krisengebieten Gewalt und Hass ausgesetzt sind. Das zeigt der am 30. Juni veröffentlichte Bericht "Kinder zwischen den Fronten" von Unicef.

"Kriege werden nicht mehr geführt, um auf dem Schlachtfeld zu siegen, sondern um die Bevölkerung der gegnerischen Seite zu unterwerfen", heißt es in der Zusammenfassung des Reports. Kinder würden oftmals direkt zur Zielscheibe von Gewalt, um ganze Bevölkerungen zu terrorisieren und weltweit Schrecken zu verbreiten. So haben dem Unicef-Report zufolge auch die Fälle schwerer Gewalt gegen Jungen und Mädchen "dramatisch zugenommen". Die Angriffe auf Schulen nahmen weltweit zu, Kinder würden immer häufiger entführt oder sie würden gezwungen zuzusehen, wie ihre Eltern getötet werden. Der Bericht nennt überdies die sexuelle Versklavung von Kindern und Jugendlichen sowie Hinrichtungen und den Missbrauch von Minderjährigen als Soldaten und Selbstmordattentäter.

- [Kurzfassung des Unicef-Berichts](#) 

Kurzexpertise zu „Vermarktlichung sozialer Dienste in Schweden“

Die zunehmende Vermarktlichung sozialer Dienste wird in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten intensiv diskutiert. Die Kurzexpertise der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa erläutert das Konzept „Vermarktlichung sozialer Dienste“ und stellt ihre Entwicklung und Auswirkungen in Schweden dar.

- [Vermarktlichung sozialer Dienste in Schweden](#) 

FRA: Jahresbericht der Europäischen Grundrechteagentur 2014

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) hat Ende Juni ihren Jahresbericht 2014 über Erfolge und Herausforderungen im Bereich der Grundrechte in Europa veröffentlicht. Der Bericht thematisiert unter anderem die Notlage von Flüchtlingen, die über das Mittelmeer nach Europa gelangen, Gewalt an Frauen, Rassismus, die Integration von Roma, Datenschutz sowie die rechtliche und soziale Situation von Kindern.

- [Jahresbericht 2014](#)  

FEMM: Zwei neue Studien zur Geschlechtergerechtigkeit veröffentlicht

Das Policy Department des Europaparlaments hat kürzlich zwei Studien herausgegeben, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit auseinandersetzen. Eine Länderstudie befasst sich mit Dänemark ("The Policy on Gender Equality in Denmark") und stellt eine Erweiterung einer Studie von 2011 mit aktualisierten Daten und Entwicklungen bis April 2015 dar. Die zweite Studie, "Policy Hub - Transformative Financing and Goals for Gender Equality and Women's and Girls' Empowerment", behandelt die Rolle geschlechtergerechter Finanzierung und die Umsetzung der Peking Ziele.

- [The Policy on Gender Equality in Denmark](#)  
- [Policy Hub - Transformative Financing and Goals for Gender Equality](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

- "World Assembly for Women in Tokyo: [WAW! 2015](#)" (28./29. August) Tokyo, Japan
- European Parliament: "Inspiration from Palestine for Europe: Celebrating innovation for children's well-being - The story of intrapreneurship within the schools of Palestine" (1 Sept 2015), Brüssel
- Swedish Family Care Competence Centre, "Carers Sweden and Carers UK: [„6th International Carers Conference – Care and caring: future proofing the new demographics“](#) (03. bis 06. September 2015)
- Göteborg, Schweden [„European Conference on Domestic Violence“](#) (Europäische Konferenz zu häuslicher Gewalt) (06-09. September) Belfast, Irland
- European Economic and Social Committee (EESC): [„The implementation of the UN CRPD by the EU: Assessing the impact of the UN Committee on the Rights of Persons with Disabilities' concluding observations – The way forward“](#) (10. September 2015) Thessaloniki, Griechenland
- Bertelsmann-Stiftung: ["Workshop on Measuring Inequalities of Income and Wealth"](#), (15-16 September), Berlin
- eaf Fachtagung [„Flüchtlinge – auch eine familienpolitische Herausforderung!“](#) (16. – 17. September) Frankfurt am Main
- COFACE and Eurofound: Roundtable ["Two-generation Early Childhood Education and Care programmes"](#) (23 September 2015), Brüssel
- Kindernothilfe: [„Frühkindliche Bildung: \(K\)ein Thema für die Entwicklungszusammenarbeit?“](#)(23. September), Berlin
- EAPN-Conference "Can the Semester deliver on Poverty & Participation?" (9. Oktober) Brüssel
- COFACE European conference: ["Families beyond borders - What is the impact of migration on families?"](#) (6. November 2015), Sofia, Bulgaria

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).